

Wien, am Mittwoch, den 5. Dezember 1928 Zweite Ausgabe

Der Vorschlag der Gemeinde Wien für 1929. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute in gemeinsamer Sitzung die gestern abgebrochene Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten fort. Die Redner der Minderheit führen Beschwerden über die Unzulänglichkeit der Strassenbesprangung, über Mängel bei Strassenblängen, über Unregelmässigkeiten in der Kehrichteinsammlung, über die Unzulänglichkeit der Schneesäuberung und verlangen schliesslich eine Vermehrung der Abfallkörbe. Die Anträge des Gemeinderates Zimmerl, die Betriebsrechnung der einzelnen Bäder gesondert zu legen und für den Bau der Hafendammbrücke über den Donaukanal im Vorschlag als erste Bautate 1'4 Millionen Schilling einzustellen, werden abgelehnt. Vizebürgermeister Hoss stellt folgenden Antrag: Die Reichsbrücke entspricht schon seit Jahren nicht den Anforderungen und die Verhältnisse der Brückenbenützung werden immer ungünstiger. Sie sind auch ein Hemmnis für den doppelgleisigen Ausbau der Strassenbahn, der mit Rücksicht auf die Entwicklung von Floridsdorf und auf die städtischen Sommerbäder dringend notwendig ist. Ein Versäumnis in dieser wichtigen Frage könnte in absehbarer Zeit für den Grossteil der Bewohner Wiens auf dem Gebiete der Verkehrsmöglichkeit zu den unangenehmen Folgen, vielleicht sogar zu einer Katastrophe führen. Die Gemeinde Wien soll daher mit dem zuständigen Bundesministerium sofort Verhandlungen einleiten und alles daransetzen, dass diese für die Allgemeinheit so wichtige Frage raschestens günstig gelöst wird. Nach der Erwidernng des amtsführenden Stadtrates Richter, dass der Bund durch systematische Sabotage der Gemeinde entgegenarbeite, wird der Antrag Hoss abgelehnt. Schliesslich wird ein Antrag des Stadtrates Rummelhardt angenommen, der die Aufstellung einer öffentlichen Uhr an der Kreuzung der Währingerstrasse und Nussdorferstrasse vorsieht. Ein weiterer Antrag des Stadtrates Rummelhardt auf Erhöhung der Post "Erprobung von Radioanlagen" von 1200 Schilling auf 6000 Schilling wird abgelehnt. Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ist somit erledigt. Die Positionen der Verwaltungsgruppe werden von der Mehrheit genehmigt. Stadtrat Kokrda leitet die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten mit einem Bericht ein. Die Nettoausgaben der Verwaltungsgruppe machen über 85 Millionen Schilling aus. Für Investitionen werden davon über 4 Millionen Schilling ausgegeben. Bei den Märkten und Schlachthöfen sind unter anderen die Fortführung der Modernisierung der Grossmarkthalle, die Vergrösserung der Vorkühllhalle des Schlachthofes St. Marx und Arbeiten am Gemüsegrossmarkt auf dem Volkswehrplatz vorgesehen. Trotz der ungünstigen Verhältnisse schreiten die städtischen Lagerhäuser in der Konsolidierung vorwärts. Der Nettoaufwand für den laufenden Schulbetrieb macht über 73 Millionen Schilling aus. Dazu kommen noch 700.000 Schilling für einen Schulbau in Kagran, der sich infolge der dort aufgeführten Wohnhausbauten und Siedlungen als unbedingt notwendig erwiesen hat. In der Spezialdebatte machen Vizebürgermeister Hoss und Gemeinderat Binder auf Mängel in der Kühlanlage in der Grossmarkthalle aufmerksam. Stadtrat Rummelhardt stellt den Antrag, die freiwerdenden Fleischstände in der Grossmarkthalle nur an bodenständige Wiener zu vergeben. Stadtrat Kokrda erwidert, dass bei der Vergebung der Stände niemand vorgezogen wird. Der Antrag Rummelhardt wird abgelehnt. In längeren Ausführungen nimmt nun Stadtrat Rummelhardt zum Wiener Schulwesen Stellung. Obwohl dafür 74 Millionen Schilling ausgegeben werden, ist sowohl in der Wiener Landesregierung, als auch im Wiener Stadtsenat niemand für das Schulreferat verantwortlich. Die Minderheit muss daher nachdrücklichst einen Stadtrat als Schulreferenten für die Landesregierung und für die Stadt Wien verlangen. Die Bevölkerung ist ganz im Unklaren, was im Schulwesen geschieht. Präsident Glöckel ist der Exponent der sozialdemokratischen Schulpolitik und veröffentlicht nur, was im Recht ist.

Der Stadtschulrat, der eigentlich eine Bundesbehörde ist, wird vom Freidenkerbund beherrscht und ist ganz parteipolitisch zusammengesetzt. Das neugeschaffene Pädagogische Institut ist ein Privatinstitut und der Zwang auf die Lehrer, das Pädagogische Institut zu besuchen, ist vollkommen ungesetzlich, da schon im Reichsvolksschulgesetz die Lehrbefähigung eines Lehrers festgelegt ist. Im Fortbildungsschulrat sind die Gewerbetreibenden, die 55 Prozent des Aufwandes beitragen, in solcher Minderheit vertreten, dass sie überhaupt nichts zu reden haben. Es ist eine gründliche Reform des Fortbildungsschulwesens dringendst geboten. Die Werkstätten sind zur Berufsberatung heranzuziehen. Mit welchem Recht wurden den Freidenkern 28 Schulkale für Kurse für Lebenskunde zur Verfügung gestellt. Das ist eine jüdisch-freimaurerische Sache, für die nach Ihrem Wünschen nicht nur die konfessionslosen Kinder, sondern alle interessiert werden sollen. Der Redner beantragt schliesslich die Auflöfung des Pädagogischen Institutes. Gemeinderat Zimmerl stellt den Antrag auf Vorlage einer Aufstellung über den Aufwand des Pädagogischen Institutes und einer Liste der Lehrer, die an ihm wirken. Stadtrat Dr. Alma Motzko und die Gemeinderäte Uebelhör und Angermayer unterziehen die jüngst ausgegebenen Republikbücher einer eingehenden Kritik. Stadtrat Dr. Motzko erklärt, dass die Auswahl der Klassenlektüre nicht immer auf der Höhe der Pädagogik steht. Die Republikbücher sind vom Klassenhass durchsetzt. Damit wird kein arbeitsfreudiges Geschlecht herangezogen werden können. Solche Bücher sind geradezu ein Verbrechen. Die Verteilung der Lernmittel sowohl an die Kinder reicher Leute, als auch armer Eltern ist ein Diebstahl an den Armen. Die Gemeinderäte Uebelhör und Angermayer bezeichnen die Republikbücher als grösste Demagogie und Geschmacklosigkeit. Nach der Erwidernng des Stadtrates Kokrda, dass die Zuweisung von Schulkalen für die Lebenskundekurse von einer Kommission des Stadtschulrates approbiert worden sind, wird der Antrag Rummelhardt abgelehnt, die Anträge Zimmerl angenommen und die Positionen der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten genehmigt. Die Verhandlungen werden Montag fortgesetzt.

Freiplätze an der Hochschule für Welthandel in Wien. Für das Studienjahr 1928/29 wird ein Freiplatz der Gemeinde Wien an einen Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatsberechtigte, bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen berufen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen. Die an den Wiener Magistrat, Abteilung 8, zu richten den Gesuche sind bis längsten 15. Dezember bei der Hochschule für Welthandel, XIX., Felix Mottlstrasse 1c, einzureichen. Anzuschliessen sind der Geburts-(Tauf-) und Heimatsschein, ein Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Einschreiters oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird in der Leopoldstadt in der Weintraubengasse, Nepomukgasse, Afrikanergasse, Kleine Stadtgutgasse, Holzhausergasse, Mühlfeldgasse und Fugbachgasse, in Margareten in einem Teil der Brandmayergasse, in der Einsiedlergasse, auf dem Einsiedlerplatz und in der Siebenbrunnfeldgasse und schliesslich in Ottakring in der Weissgasse, Hellgasse und auf dem Parhamerplatz die elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Franz und Anna Brauneder, Paul und Marie Kauba und Ferdinand und Barbara Kolarz anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.